



.....  
2005

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort

- 4  Aufgaben,  
Unternehmen & Versicherte
- 8  Selbstverwaltung
- 10  Verwaltung,  
Datenverarbeitung  
& Organisation,  
Prüf- und Beratungsdienst
- 12  Prävention &  
Öffentlichkeitsarbeit
- 20  Leistungen
- 26  Widerspruch & Klage
- 28  Regress
- 30  Haushalt & Beiträge

## Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesem Geschäftsbericht finden Sie aktuelle Zahlen und Hintergründe zur Arbeit der Unfallkasse Berlin.

Ein Schwerpunkt war auch im Jahr 2005 die Verantwortung der Unfallkasse Berlin für Kinder in der schulischen und vorschulischen Betreuung und Ausbildung. Viele Betreuungsformen wurden im Geschäftsjahr erheblich umgestaltet. Durch die Übertragung von kommunalen Tageseinrichtungen auf Träger der freien Jugendhilfe, die Eingliederung von Einrichtungen in neugegründete Eigenbetriebe und die Stärkung der Kindertagespflege ist die Kita-Landschaft bunter und vielfältiger geworden.

Diesen Reformprozess hat die Unfallkasse Berlin als gemeinsamer Unfallversicherungsträger für Land und Bezirke bei fortbestehender Zuständigkeit für die Versicherung der Kinder begleitet und so für ein Stück Kontinuität gesorgt. Nach Änderung der Rechtslage zum 1. Oktober 2005 konnte Unfallversicherungsschutz auch für Kinder gewährleistet werden, die durch geeignete Tagespflegepersonen betreut werden. Sie genießen damit den gleichen Schutz wie Kinder in Tageseinrichtungen. Auch für Schülerinnen und Schüler ist die Bedeutung der gesetzlichen Unfallversicherung gewachsen, weil die Verantwortung der Schulen durch den Ausbau der Ganztagsangebote mit Integration der Horte in die schulische Betreuung weiter gestärkt wurde. Stets ist die Unfallkasse Berlin dabei Partner für soziale Sicherheit. Wir leisten alles aus einer Hand: Prävention, Rehabilitation und Kompensation!

Neuerungen ergaben sich auch für das Ehrenamt, dessen politische Bedeutung über die gesetzliche Unfallversicherung gestärkt wurde. Seit dem 1. Januar 2005 können Berliner Landesbehörden und Bezirke in bestimmte

ehrenamtliche Tätigkeiten von Vereinen und anderen Personengruppen einwilligen oder ihnen Aufträge erteilen und damit den Unfallversicherungsschutz der ehrenamtlich Tätigen über die Unfallkasse Berlin begründen. Der öffentlichen Verwaltung Berlins wurde damit ein flexibles Instrument an die Hand gegeben, mit dem sie Verantwortung für die soziale Sicherheit der Aktiven übernehmen und dadurch dem gesellschaftlich notwendigen Ehrenamt die nötige Anerkennung geben.

Für Mitgliedsunternehmen der Unfallkasse Berlin war außerdem eine Änderung der gesetzlichen Zuständigkeitsvorschriften von großer Bedeutung. Bundesweit gab es in der Vergangenheit immer wieder Rechtsstreitigkeiten zu der Frage, ob die in selbstständige Rechtsform überführten öffentlichen Unternehmen bei den Unfallkassen oder den gewerblichen Berufsgenossenschaften versichert sind. Nunmehr wurde eine klare Regelung getroffen, die Rechtssicherheit mit Entbürokratisierung verbindet: Unternehmen in selbstständiger Rechtsform, an denen Länder oder Kommunen mittel- oder unmittelbar überwiegend beteiligt sind, fallen mit Geltung des neuen Rechts ebenso wie sonstige Landesunternehmen in die Zuständigkeit der Unfallkassen als Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand, ohne dass es zuvor einer ausdrücklichen Übernahme bedarf.

Für die Zukunft sind weitere Veränderungen im Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung zu erwarten. Die neue Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zur gesetzlichen Unfallversicherung abgelegt, aber auch Reformen in Aussicht gestellt, um das System auf Dauer zukunftssicher zu machen. Die Unfallkasse Berlin ist konzeptionell und personell auf die



Herausforderungen der Zukunft vorbereitet und will den Reformprozess im Dialog mit den politischen Kräften unseres Landes gestalten, um auch in Zukunft ihre Versicherten optimal betreuen zu können.

Rund eine Million Versicherte im Land Berlin verlassen sich auf den Schutz der Unfallkasse Berlin. Wir wollen mit Qualität überzeugen, mit kompetenter Beratung und umfassenden Leistungen. Messen Sie uns an dem hohen Anspruch, den Vorstand und Mitarbeiter gleichermaßen formulieren.

Im Namen des Vorstandes der Unfallkasse Berlin bedanken wir uns an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie bei den Mitgliedern der Selbstverwaltungsorgane der Unfallkasse Berlin für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit und bei Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, für die gute Zusammenarbeit.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre Vorstandsvorsitzenden

Berlin, im Juli 2006

**Volker Claus**  
(Vorstandsvorsitzender)

**Werner Schaberg**  
(alternierender  
Vorstandsvorsitzender)

# 📋 Aufgaben, Unternehmen & Versicherte



.....

*Rettungsweste*

*benutzen*

## Aufgaben

Die Unfallkasse Berlin ist Trägerin der gesetzlichen Unfallversicherung für das Land Berlin.

- Sie hat die gesetzliche Aufgabe, Unfällen am Arbeitsplatz, in der Schule und auf den damit verbundenen Wegen vorzubeugen und sie mit allen geeigneten Mitteln zu verhüten. Ebenso soll sie Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren vorbeugen und diese verhindern.
- Sofern ein Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit eingetreten ist, gewährleistet die Unfallkasse Berlin mit allen geeigneten Mitteln die medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation.
- Außerdem sichert sie entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag die Verletzten und die unter einer Berufskrankheit Leidenden oder deren Angehörige finanziell ab und entschädigt sie gegebenenfalls.

Die gesetzliche Unfallversicherung ist eine für die Versicherten beitragsfreie Sozialversicherung. Sie wird von den Unternehmen und vom Land Berlin finanziert.



## Versicherte

Die Unfallkasse gewährleistet den Unfallversicherungsschutz

### in der Schüler-Unfallversicherung für

- Kinder in anerkannten Tageseinrichtungen,
- Kinder bei Tagesmüttern, sofern diese vom Bezirksamt vermittelt wurden,
- Schüler in staatlichen und privaten allgemeinbildenden sowie berufsbildenden Schulen,
- Studierende an staatlichen und privaten Hochschulen,

### in der Allgemeinen Unfallversicherung für

- Arbeiter, Angestellte und Auszubildende der Dienststellen im Landesbereich (Abgeordnetenhaus, Verfassungsgerichtshof, Hauptverwaltung, Rechnungshof, Datenschutzbeauftragter) sowie der Bezirksämter mit den jeweiligen Verwaltungen, Anstalten, nachgeordneten Einrichtungen und Betrieben,
- Beschäftigte in übernommenen Unternehmen,
- gemeinnützig und ehrenamtlich Tätige (z.B. Zeugen, Hilfeleistende, Schöffen),
- Beschäftigte in privaten Haushaltungen,
- Unternehmen nicht gewerbsmäßiger „kurzer“ Bauarbeiten oder bei der Schaffung öffentlich geförderten Wohnraums im Rahmen der Selbsthilfe,
- Personen, die in Einrichtungen zur Hilfe bei Unglücksfällen tätig sind,
- Personen, die während des Freiheitsentzugs beschäftigt sind,
- Blutspender in städtischen Krankenhäusern,
- häusliche Pflegepersonen,
- sonstige regelmäßige, nicht in unerheblichem Umfang Tätige,
- Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II, sog. Zusatz- oder 1-Euro-Jobs.





<b>Anzahl der Versicherten</b>		
<b>Schülerunfallversicherung</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
<b>Versichertengruppe</b>		
Kinder in anerkannten Tageseinrichtungen	135.422	109.094
Schüler in staatlichen und privaten allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen	455.888	446.234
Studierende an staatlichen und privaten Hochschulen	143.032	133.249
Kinder, die von Tagesmüttern betreut werden	–	4.417
<b>Insgesamt</b>	<b>734.342</b>	<b>692.994</b>
<b>Allgemeine Unfallversicherung</b>		
<b>Versichertengruppe</b>		
Arbeiter, Angestellte und Auszubildende im Landesbereich sowie der Bezirksämter mit ihren jeweiligen Verwaltungen, Anstalten, nachgeordneten Einrichtungen und Betrieben	76.027	71.325
Beschäftigte in übernommenen Unternehmen	88.584	87.137
Beschäftigte in privaten Haushaltungen	4.671	5.763
Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II, sog. Zusatz- oder Ein-Euro-Jobs	–	12.696
Unternehmer nicht gewerbsmäßiger „kurzer“ Bauarbeiten oder bei der Schaffung öffentlich geförderten Wohnraums im Rahmen der Selbsthilfe	1.000	1.000
Personen, die in Einrichtungen zur Hilfe bei Unglücksfällen tätig sind	6.161	6.071
Blutspender in Einrichtungen, die bei der UKB versichert sind	51.853	48.154
Sonstige regelmäßig in nicht unerheblichem Umfang Tätige	3.293	3.169
Häusliche Pflegepersonen	39.444	42.392
Personen, die während des Freiheitsentzugs beschäftigt sind	2.578	2.443
Ehrenamtlich Tätige (z.B. Schöffen, Elternvertreter, Wahlhelfer)	52.055	51.936
<b>Insgesamt:</b>	<b>325.666</b>	<b>332.086</b>

## Zahl der Versicherten

In der Schüler-Unfallversicherung kam es im Berichtsjahr zu einem deutlichen Rückgang im Versichertenbestand. Der Rückgang zum Vorjahr betrug 2005 mit insgesamt 41.348 Versicherten rund 5,6 Prozent. Dabei sank die Zahl der Schüler um 9.654 (rund 2,1 Prozent) und die Anzahl der Studenten um 9.783 (rund 6,8 Prozent). Bei den Kindern in anerkannten Tageseinrichtungen musste ein Rückgang der Versichertenzahl um rund 19,4 Prozent (26.328 Kinder) verzeichnet werden. Hauptsächliche Ursachen hierfür waren die Verlagerungen der Hortplätze auf die Schulen und die vorgezogenen Einschulungen im Schuljahr 2005/2006.

Der Gesetzgeber hat den Unfallversicherungsschutz für Kinder in Tagespflege eingeführt. Ab dem 1. Oktober 2005 sind auch Kinder bei geeigneten Tagespflegepersonen versichert. Das sind solche Personen, die vom örtlichen Träger der Jugendhilfe vermittelt werden. Im Jahre 2005 betrug die Anzahl der betreuten Kinder in Tagespflege 4.417 Versicherte.

Im Berichtsjahr waren in der Allgemeinen Unfallversicherung bei der Unfallkasse Berlin 131 Dienststellen und übernommene Unternehmen versichert. Die Zahl der abhängig Beschäftigten (Angestellte, Arbeiter und Auszubildende des Landes Berlin und der übernommenen Betriebe) sank um 6.149 auf 158.459 Personen (rund 3,7 Prozent).



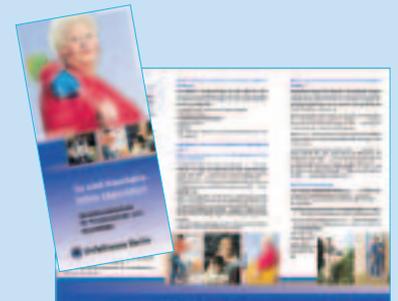
Die Erhöhung der Versichertenzahl in der Allgemeinen Unfallversicherung um insgesamt 6.420 Personen resultiert im Wesentlichen aus der gesonderten Erfassung der Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II, sog. Zusatz- oder Ein-Euro-Jobs.

### Haushaltshilfen

Die privaten Haushaltshilfen stehen ebenso wie z.B. Babysitter oder Gartenhelfer unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Der private Arbeitgeber war bislang verpflichtet, seine Haushaltshilfe binnen eines Monats nach Beginn des Beschäftigungsverhältnisses bei der Unfallkasse anzumelden.

Im Jahre 2005 waren 5.763 Haushaltshilfen bei der Unfallkasse Berlin gemeldet. Es ist aber davon auszugehen, dass die tatsächliche Zahl der im Haushalt Beschäftigten weit höher liegt.

Der Jahresbeitrag pro Haushaltshilfe lag im Berichtsjahr bei 45 Euro, sofern diese bis zu zehn Stunden pro Woche gearbeitet hat. War ihre Wochenarbeitszeit höher, mussten 90 Euro Jahresbeitrag entrichtet werden. •





.....  
*Gesichtsmaske*

*benutzen*



## Selbstverwaltung

Die Unfallkasse Berlin ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Ihre Selbstverwaltungsorgane sind die Vertreterversammlung und der Vorstand. In diesen Organen sind die Versicherten und die Arbeitgeber aus dem Landes- und dem kommunalen Bereich paritätisch vertreten. Der Vorsitz in der Vertreterversammlung und im Vorstand wechselt jeweils im Oktober eines Jahres zwischen dem Versicherten- und dem Arbeitgebervertreter.

Die Vertreterversammlung besteht aus jeweils neun Vertretern auf der Versicherten- und der Arbeitgeberseite. Die Vertreterversammlung beschließt über das autonome Recht der Unfallkasse wie z.B. die Unfallverhütungsvorschriften oder die Satzung. Daneben entlastet sie den Geschäftsführer und den Vorstand bei der Jahresrechnung.

Der Vorstand, der aus jeweils drei Vertretern der Versicherten- und der Arbeitgeberseite besteht, verwaltet die Unfallkasse Berlin und vertritt sie sowohl gerichtlich als auch außergerichtlich.

Im Berichtsjahr fanden die Sozialversicherungswahlen statt. Mit Ablauf des Wahltages am 1. Juni 2005 wurden die Mitglieder der Vertreterversammlung neu gewählt. Da in der Vorschlagliste nicht mehr Bewerber/-innen benannt wurden, als Mitglieder zu wählen waren, war eine Wahlhandlung nicht erforderlich (§ 28 Abs. 1 SVWO).

In der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 30. September wählte die Vertreterversammlung ihre Vorsitzenden und den Vorstand aus ihren Reihen neu.

Die Vorsitzenden von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite wechseln den Vorsitz jährlich, und zwar zum 1. Oktober eines jeden Jahres (§ 3 der Satzung der Unfallkasse Berlin).

Mitglieder der einzelnen Ausschüsse		
	Gruppe der Arbeitgeber	Gruppe der Versicherten
Organisationsausschuss	Volker Claus	Werner Schaberg
Rentenausschuss	Jeannette Heymann	Brigitte Berndt-Willner
Widerspruchsausschuss	Hans-Michael Elsner	Michael Wiedeburg
Präventionsausschuss	Detlev Preuß	Brigitte Berndt-Willner
	Christian Blume	Sylvia Skrabs
Delegierte		
	BUK*	LVBG und UBS Berlin**
	Bernd Roschakowski	Michael Wiedeburg
	Jeannette Heymann	Wolfgang Schulz

\* Bundesverband der Unfallkassen

\*\* Landesverband Norddeutschland der gewerblichen Berufsgenossenschaften; Unfallbehandlungsstelle der Berufsgenossenschaften e.V.

## Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane

Vertreterversammlung	
<b>Gruppe der Arbeitgeber</b>	
Schulz, Wolfgang*	
Blume, Christian	
Borchert, Evelyne	
Elsner, Hans-Michael	
Nitsch, Angelika	
Reich, Ernst-Ulrich	
Sokolowski, Dirk	
Vater, Angelika	
Zemke, Frank	
<b>Gruppe der Versicherten</b>	
Skrabs, Sylvia*	
Borck, Daniela	
Dombrowsky, Ulrich	
Dutschke, Michael	
Goldbeck, Uwe	
Hauch, Helmfried	
Krüger, Katrin	
Wiedeburg, Michael	
Zauner, Margrit	
Vorstand	
<b>Gruppe der Arbeitgeber</b>	
Claus, Volker*	
Heymann, Jeannette	
Preuß, Detlev	
<b>Gruppe der Versicherten</b>	
Schaberg, Werner*	
Berndt-Willner, Brigitte	
Roschakowski, Bernd	

\*Vorsitzende(r) im Wechsel  
Stand 31.12.2005

# Verwaltung, Datenverarbeitung & Organisation, Prüf- und Beratungsdienst



.....

*Fußschutz*

*benutzen*



## Verwaltung

Die Unfallkasse Berlin verfügt zur Erfüllung ihrer Aufgaben über 160 Beschäftigte. Hier von befinden sich 144 Personen in einem Arbeits- und 16 in einem Beamten- bzw. Dienstordnungsverhältnis. Darüber hinaus bildet die Unfallkasse derzeit 12 Auszubildende zur/m Sozialversicherungsfachangestellten aus.

Die bedarfsorientierte persönliche und fachliche Weiterentwicklung der Beschäftigten hat in der Unfallkasse einen hohen Stellenwert. Die Qualifizierung erfolgt je nach Bedarf und Angebot durch die Teilnahme an Lehrveranstaltungen im Haus, Seminaren der Verwaltungsakademie bzw. des Instituts für Verwaltungsmanagement in Berlin und des Bildungszentrums des Bundesverbandes der Unfallkassen in Bad Hersfeld.

Im Berichtsjahr haben vier Auszubildende ihre Ausbildung erfolgreich beendet. Die Weiterbeschäftigung erfolgte im Rahmen befristeter Jahresverträge.

## Datenverarbeitung und Organisation

Im Jahre 2005 hat die Unfallkasse Berlin im Bereich Datenverarbeitung/Controlling das Software-Großprojekt „Neues Progusa“ gestartet. Der erste Teil wurde bereits realisiert und befindet sich im Echtbetrieb. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in die weitere Realisierung des Projekts ein. Die dazugehörige automatisierte Textverarbeitung („UKB-Text“) ist bereits erneuert und wird ebenfalls stetig weiterentwickelt. Die Finanzbuchhaltung „WinFibu“ wurde seitens der Entwickler erfolgreich auf die Datenbank oracle portiert. Die Unfallkasse Berlin stellte im November 2005 auf diese Datenbank um, übrigens als zweiter von zwölf Teilnehmern der Anwendergemeinschaft.

Die Nutzung des Krankenhausabrechnungssystems „DRG“ (Diagnosis Related Groups) stellt die beteiligten Mitarbeiter vor komplexere Prüfungs- und Verwaltungsaufgaben. Auch das zur Verfügung stehende Prüfprogramm (KF-B.NET) bedeutet einen erheblich größeren Zeitaufwand. Im Verlauf des Jahres 2005 zeichneten sich aber bereits spürbare Prüferfolge ab.

Die Einführung von DALE-UV (Datenaustausch

mit Leistungserbringern in der gesetzlichen Unfallversicherung) schreitet stetig fort. Mittlerweile beteiligen sich mehr als 500 Institutionen. Die Übernahme in das Software-Projekt „Neues Progusa“ wird vorbereitet.

Durch das Bereitstellen eines Breitbandanschlusses haben jetzt alle Mitarbeiter die Möglichkeit, das Internet zu nutzen.

## Prüf- und Beratungsdienst

„Wir prüfen, um Sie anschließend bestmöglich beraten zu können.“ Getreu dieser Maxime war der Prüf- und Beratungsdienst der Unfallkasse Berlin auch im Jahr 2005 gemäß dem gesetzlichen Auftrag im Sinne der Solidargemeinschaft der Mitgliedsunternehmen tätig. Zumeist vor Ort in den versicherten Unternehmen erfolgten Prüfungen der gemeldeten Entgeltsummen für diverse Umlagejahre und der Betriebsverhältnisse mit anschließender Beratung.

Überwiegend zeigte sich eine zu gering gemeldete Entgeltsumme, sodass gerade in der Beratung noch ein großes Potenzial für die zukünftige Arbeit des Prüf- und Beratungsdienstes liegt. Diverse Gespräche ließen eine ausnahmslos positive Resonanz bei den Unternehmen erkennen. Selbstverständlich wurden Unternehmen auch außerhalb der durchgeführten Prüfungen bei der Klärung von Sachverhalten in Verbindung mit den Entgeltnachweisen gemäß den aktuellen gesetzlichen Vorschriften unterstützt. •





.....

*Schutzhelm*

*benutzen*

## Aufgaben der Prävention und Umsetzung

„... mit allen geeigneten Mitteln Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren ... zu verhüten und für eine wirksame erste Hilfe zu sorgen ...“ Dies ist die im Sozialgesetzbuch VII (SGB VII) definierte Aufgabe der Prävention.

Diese Aufgabe zu erfüllen, erfordert aufgrund sich stetig verändernder Rahmenbedingungen immer komplexere Herangehensweisen. Dazu ist es notwendig, die Abteilung Prävention ständig weiterzuentwickeln. Das Jahr 2005 hat aus diesem Grund zu strukturellen Veränderungen in der Prävention geführt. In Auswertung unseres abteilungsinternen Projekts „Produktorientierte Entwicklung der Prävention – PEP“ wurde zur Effizienzsteigerung aus dem bestehenden Personal ein Querschnittsreferat „Organisationsentwicklung“ gebildet. Dieses Referat hat in Zusammenarbeit mit den Fachreferaten die Aufgabe, Unternehmen gezielt zur Integration von Arbeits- und Gesundheitsschutz ins betriebliche Managementsystem zu beraten. Darüber hinaus soll es auch strategische Aufgaben wahrnehmen. Das „PEP-Projekt“ hat aber auch wichtige Ergebnisse zur Umsetzung von Controlling, Personalentwicklung, Qualitätsmanagement, Wissensmanagement und vor allen Dingen zur



Zielgruppenorientierung gebracht. Die Umfrage unter den Versicherten führte u.a. zum Ergebnis, künftig die Präventionsangebote zielgruppengerechter zu unterbreiten, die Zugangswege zu optimieren und Präventionsleistungen insgesamt besser zu kommunizieren.

## Seminare

Die Seminarartätigkeit war auch 2005 ein wesentlicher Bestandteil der Präventionsarbeit. In 208 Seminaren wurden 3.470 Teilnehmer geschult. Dabei wurden 1.512 Führungskräfte erreicht. Ihre Zahl erhöhte sich damit auf das Dreifache gegenüber dem Vorjahr. Allein 46 Seminare wurden in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport bzw. mit den bezirklichen Dienststellenleitern für Schulleitungen angeboten. Achtzig Seminare wurden für versicherte Unternehmen auf Wunsch als Inhouse-Seminare durchgeführt.



Das Seminarprogramm kann im Internet auf der Homepage [www.unfallkasse-berlin.de](http://www.unfallkasse-berlin.de) eingesehen werden.

## Erste Hilfe

Im Jahr 2005 wurden 9.399 Personen aus den versicherten Unternehmen der Unfallkasse Berlin zu Ersthelfern ausgebildet, 5.686 Ersthelfer für Schulen und Kitas sowie 3.713 Ersthelfer für Hochschulen, Verwaltungen und Betriebe.

## Schülerunfallversicherung

Ziel der Arbeit dieses Referats ist es, Sicherheit und Gesundheit in Kindertagesstätten und Schulen zu fördern. Unsere Partner dabei sind zunehmend die Führungskräfte in diesen Bereichen. An Schulleitungen richteten sich allein 46 projektgebundene Fortbildungsangebote.

Unfälle von Schüler/-innen und Kitakindern können vor allem da reduziert werden, wo die Erwachsenen lösungsorientiert mit Problemen umgehen und gut zusammenarbeiten. Außerdem ist das soziale Umfeld zu berücksichtigen. Wenn Erzieher/-innen und Lehrkräfte unterstützend, kooperationsbereit sowie den persönlichen Interessen und Problemen der Kinder und Jugendlichen gegenüber aufgeschlossen sind, wenn Lernfreude gefördert wird, sind dies Schutzfaktoren. Zu den Risikofaktoren für Unfälle gehört dagegen ein Sozialklima, das durch hohes Konfliktpotenzial und geringe Verbindlichkeit von Regeln geprägt ist.

Diese Zusammenhänge sind Ergebnisse aus verschiedenen Forschungsprojekten, die 2005 abgeschlossen wurden. Sie zeigen, wo die Schwerpunkte künftiger Präventionsarbeit in Kindertagesstätten und Schulen liegen werden, damit die Tendenz der letzten Jahre anhält.

### Entwicklung der kostenverursachenden Unfälle in der Schülerunfallversicherung

	Anzahl der Unfälle	TMQ*
2001	79.939	107
2002	73.922	99
2003	70.639	95
2004	68.282	93
2005	65.017	94

\* TMQ: Tausendmannquote  
(Unfälle pro tausend versicherte Personen)

Die Zahl der Versicherten nahm um rd. 40.000 ab, die der Unfälle ging um 3.000 zurück. Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Unfallquote gegenüber dem Vorjahr etwa konstant blieb.

## Schluss mit Lärm!

So lautete 2005 die europaweite Kampagne gegen Lärm bei der Arbeit. Haben Sie davon gehört? Oder wurde sie überhört? Fast jeder vierte Beschäftigte in der EU (60 Millionen Menschen) arbeitet unter solchen Lärmbedingungen, dass er mindestens die Hälfte seiner Arbeitszeit seine Stimme über die normale Gesprächslautstärke anheben muss, um sich verständlich zu machen. Erzieher/-innen und Lehrkräfte gehören in besonderem Maße dazu.



Lärm gehört zu den Faktoren im Lehrerberuf, die am stärksten belasten. Ein Viertel der Jugendlichen hören bereits schlechter als ihre Großeltern, weil ihr Gehör unwiderruflich geschädigt ist. Dabei ist es nicht nur das Hörorgan, welches Gefahren ausgesetzt ist. Lärm ist immer im Zusammenhang mit persönlichen Einstellungen und Erfahrungen zum Lärm und Lärmerezeuger, aber auch mit der Art der Tätigkeit sowie biologischen und psychologischen Merkmalen der Betroffenen zu sehen. Die Lautstärken in Kitas und Schulen sind kaum in der Lage, dauerhafte Hörschäden zu verursachen.



Der Dauerlärm, vor dem es in den meisten Einrichtungen kein Entrinnen gibt, kann aber psychische und psychosomatische gesundheitliche Folgen nach sich ziehen, die in der Vergangenheit unterschätzt wurden. Die Risiken für Erkrankungen des Herz-Kreislauf-, Magen-Darm- und Immunsystems sind erhöht, ebenso für Unfälle oder Tinnitus.

Viele Kinder wachsen heute unter Lebensbedingungen auf, die angesichts des Lärms eher das Weghören trainieren als das bewusste Zuhören. Je lauter die Umwelt ist, desto wichtiger wird jedoch das Hörenlernen. Denn so lassen sich hörenswerte Ereignisse am ehesten von unerwünschtem Lärm trennen. Kinder, die das Zuhören gelernt haben, hören auch besser in der Schule zu und haben damit bessere Bildungschancen.

Wer gelernt hat, Hörerlebnisse zu schätzen, achtet auch darauf, seine Ohren nicht zu überfordern oder unnötig selbst Lärm zu erzeugen. Genau da setzten die Beiträge der Unfallkasse Berlin zum Thema Lärm an. Für Erzieher/-innen und Lehrkräfte wurden dazu Seminare konzipiert und die Schul-Info der Unfallkasse Berlin gab konkrete Anregungen für lärmgeplagte Lehrer/-innen. Auf der Berliner Veranstaltung zur nationalen Kampagne „Schluss mit Lärm“ konnten Schüler/-innen am Stand der Unfallkasse Berlin selbst prüfen, wie gut sie zuhören können: Über Kopfhörer galt es, bekannte, aber stark verfremdete Songs zu „erhören“. Ganz nebenbei erfuhren sie, welche Gefährdungen beim Hören zu lauter Musik bestehen.

## Allgemeine Unfallversicherung

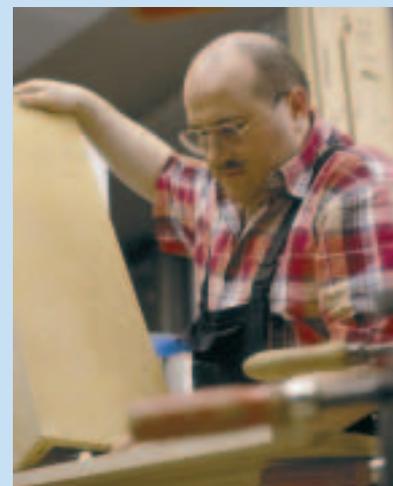
Im Jahr 2005 waren 158.459 abhängig beschäftigte Arbeitnehmer bei der Unfallkasse Berlin versichert. Im Berichtszeitraum ereigneten sich 3.249 Unfälle. Das sind 758 weniger als im Vorjahr. Trotz gleichzeitig abnehmender Beschäftigtenzahl verringerte sich die Tausendmannquote.

Entwicklung der meldepflichtigen Unfälle		
	Anzahl der Unfälle	TMQ*
2001	4.279	23,9
2002	4.156	23,1
2003	4.007	22,7
2004	4.007	22,9
2005	3.249	20,5

\* TMQ: Tausendmannquote  
(Unfälle pro tausend versicherte Personen)

## Referat Technik und Verwaltung

Im Referat Technik und Verwaltung werden die unterschiedlichsten Betriebe und Einrichtungen betreut. Dazu zählen u.a. die Bezirksämter, Senatsverwaltungen, die Polizei, die Berliner Feuerwehr, die Landesämter des Landes Berlin ebenso wie die Berliner Stadtreinigungsbetriebe, die Theater und Museen und die Königliche Porzellanmanufaktur. Das Referat Technik und Verwaltung bietet den Führungskräften, Mitarbeitern und Fachkräften in Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes und des betrieblichen Gesundheitsmanagements kompetente Unterstützung. Diese wird in Form von Beratungen vor Ort, bei Besichtigungen, in Seminaren, aber auch in Form von Projekten angeboten bzw. initiiert.



### Projektarbeit aus der Praxis:

#### Entwicklung eines Mediensystems zur Verhaltensprävention in Entsorgungsunternehmen

Im Juni 2005 startete mit einer Kick-off-Veranstaltung bei den Berliner Stadtreinigungsbetrieben (BSR) ein bundesweites Kooperationsprojekt zur Verhaltensprävention in Entsorgungsunternehmen. Kooperationspartner sind für Berlin die Berliner Stadtreinigungsbetriebe und die Unfallkasse Berlin. Die Unfallrisiken der Müllwerker sind sehr hoch und mit denen der Baubranche vergleichbar. Etwa jeder zehnte Mitarbeiter in den Entsorgungsbetrieben erleidet jährlich einen Arbeitsunfall. Viele Risiken sind verhaltensbedingt. Dafür sind neben individuellen Motiven auch Gruppendynamische Faktoren maßgebend, die sich aus den Kleingruppen ergeben. Auf Grundlage dieser Faktoren wurden folgende Ziele formuliert:

- Stärkung und Sensibilisierung des Sicherheits- und Gesundheitsbewusstseins der Beschäftigten durch Kampagnen, Medien und Informationen,
- Erarbeitung von Entwicklungs- und Kommunikationsstrategien unter Berücksichtigung des hohen Mitarbeiterdurchschnittsalters,
- Entwicklung von Trainingseinheiten für Führungskräfte, Personal- und Betriebsräte sowie Sicherheitsfachkräfte und Betriebsärzte.

Konkret werden elf Medien entsprechend den Themenschwerpunkten

- wie Alkohol und Gesundheitsgefahren,
- Schutzmaßnahmen nach der Biostoffverordnung,
- Umgang mit Stress, Lärm und Klima u.a. erstellt.

Umgesetzt werden diese Themen in einem Kurzfilm, in Plakaten, Powerpointpräsentationen mit Bildmotiven und Leitfäden zur Anwendung dieser Präsentationen.



#### Durchführung eines zielgerichteten betrieblichen Gesundheitsmanagements in zwei Bereichen des Bezirksamts Tempelhof/Schöneberg

Kooperationspartner bei diesem Projekt waren das Bezirksamt Tempelhof/Schöneberg, die Unfallkasse Berlin und die AOK Berlin. Das Projekt führte die Gesellschaft für Betriebliche Gesundheitsförderung BGF durch. Der Startschuss für dieses Projekt erfolgte mit einem Intensivworkshop für Führungskräfte, Fachkräfte, Personalvertreter und Kooperationspartner im November 2004.

Folgende Ziele wurden vereinbart:

- Verbesserung von Arbeitsmotivation, Arbeitsfreude
- Identifikation mit Arbeitsaufgaben
- Stressmanagementangebote an Bedürfnisse anpassen
- Arbeitsfähigkeit der älteren Mitarbeiter erhalten und Erfahrungswissen nutzen
- Prävention psychischer Erkrankungen
- Ermöglichen eines gesunden Umgangs mit Veränderungsprozessen
- Aufbau eines Krankenstandscontrollings
- Nachhaltigkeit sichern über die Schaffung bzw. Optimierung notwendiger Strukturen





Auf Grundlage einer umfangreichen Istanalyse (Rücklaufquote ca. 50 %) wurden in den einzelnen Organisationseinheiten die Problemfelder identifiziert. Anschließende Intensivworkshops mit den Mitarbeitern und Zirkel mit den Führungskräften in zwei ausgewählten Bereichen führten zu sehr konkreten Vorschlägen, von denen einige schon umgesetzt werden konnten. Der Evaluationsbericht zeigte insgesamt gute Ergebnisse im Hinblick auf die Zielerreichung. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit wird das Projekt im Jahr 2006 mit den gleichen Projektpartnern weitergeführt.

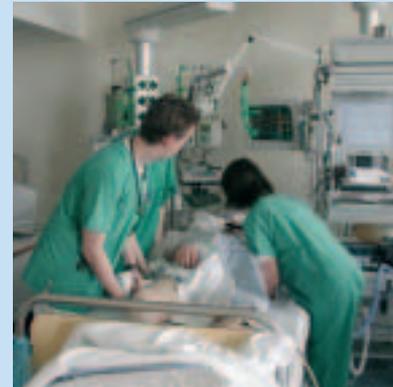
#### **Referat Gesundheitsdienst und Universitäten**

Das Referat Gesundheitsdienst betreut die Krankenhäuser der Vivantes GmbH und der Charité, Hilfeleistungsunternehmen wie ASB, DLRG, JUH, Malteser, die nachgeordneten Betriebe der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz. Auch Gesundheitsämter, Senioren- und Behindertenheime, Berliner Werkstätten für Behinderte (BWB), Berliner Betriebe für Zentrale gesundheitliche Aufgaben (BBGes) und die Freie, die Humboldt und die Technische Universität sind hier angesiedelt.

Neben den durchgeführten Beratungen und den fachspezifischen Seminaren lag ein Schwerpunkt der Arbeit des Referates Gesundheitsdienst im vergangenen Jahr im Erstellen von zielgruppengerechtem Informationsmaterial. Dieses soll zum einen die Präventionsarbeit in den Mitgliedsbetrieben wie z.B. der Vivantes GmbH und der Charité unterstützen und zum anderen zur Individualprävention wie z.B. bei den häuslich Pflegenden dienen.

#### **Neue Informationsmaterialien**

- Rückengesund – Fit im OP
- Als Ergebnis des SIGOS-Projekts zur Sicherheit und Gesundheit im Operationssaal wurde mit der Veröffentlichung einer Serie von Informationsbroschüren für OP-Mitarbeiter unter dem Slogan „Tipps & Tricks für die Praxis“ begonnen. Die erste Broschüre „Rückengesund – Fit im OP“ erschien 2005.





- Rückengerechtes Arbeiten im Gesundheitsdienst  
In Zusammenarbeit mit anderen Unfallkassen wurde eine CD zum rückengerechten Arbeiten im Gesundheitsdienst erstellt. Diese CD informiert nicht nur über Methoden zum rückengerechten Arbeiten, sondern bietet einen umfassenden Überblick zu verschiedenen Themenblöcken wie z.B. Wirbelsäule, Einflussfaktoren und Rechtsvorschriften. Sie richtet sich an Ausbildungseinrichtungen, Pflegedienstleitungen und alle am Thema Interessierten.

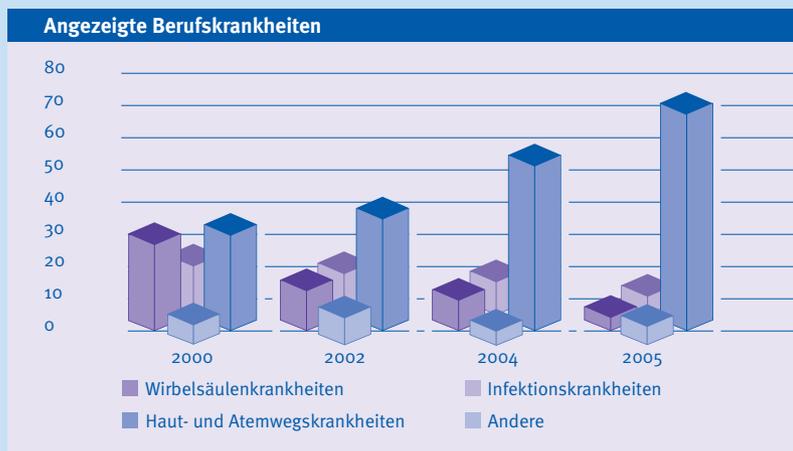
### Unfälle und Berufskrankheiten in Kliniken und Hochschulen

Die Schwerpunkte unserer Arbeit werden durch Auswerten der angezeigten Unfälle sowie der Verdachtsmeldungen der Berufskrankheiten festgelegt.

Erfreulich ist, dass die Unfälle pro tausend Beschäftigte im Klinikbereich weiter rückläufig sind. So waren im Jahr 2003 noch 106 Unfälle, für das Jahr 2004 noch 104 und für das vergangene Jahr 2005 102 Unfälle pro tausend Beschäftigte zu verzeichnen.



Die Zahl der schweren Unfälle ist konstant geblieben. So ist die Zahl der Unfälle mit mehr als drei Tagen Arbeitsunfähigkeit mit 16 pro tausend Beschäftigte auch für das Jahr 2005 zu verzeichnen.



Wir haben das zurückliegende Jahr genutzt, um die Ergebnisse unserer Analysen der Schnitt- und Stichverletzungen in Krankenhäusern und der Hochschulunfälle bekanntzumachen. Die Krankenhäuser wurden über Strategien zum Vermeiden der Schnitt- und Stichverletzungen beraten. Für den Hochschulbereich haben wir aufgrund der Ergebnisse der Analyse unser Seminarangebot für Hochschulpraktika erweitert und mit einer Detailanalyse begonnen.

Die Verdachtsmeldungen in Bezug auf Berufskrankheiten im Klinikbereich sind im Jahr 2005 mit 100 zu 99 Fällen im Jahr 2004 im Klinikbereich fast gleich geblieben.

Die Verdachtsfälle verteilen sich auf 71 Erkrankungen der Haut und der Atemwege, 13 Infektionserkrankungen, 7 Erkrankungen der Wirbelsäule sowie acht sonstige. Der Trend der Verdachtsmeldungen zeigt bei Erkrankungen der Haut (66 Fälle 2005) weiter stark nach oben.

## Öffentlichkeitsarbeit

Um die Sicherheitsbeauftragten besser betreuen zu können, hat die Unfallkasse Berlin im Jahr 2005 den Sibe-Report aufgelegt. Damit will die UKB den Bedürfnissen der Sicherheitsbeauftragten in den versicherten Einrichtungen stärker entgegenkommen, denn eine Analyse der bisher an diese Gruppe versandten Zeitschriften hat ergeben, dass nur die wenigsten Artikel für die Sicherheitsbeauftragten unserer Betriebe von Interesse waren. Ein schöner Nebeneffekt waren die nicht geringen Kosteneinsparungen, die durch das neue Kommunikationsprodukt erzielt werden konnten.



Der Sibe-Report enthält bewusst kurze Artikel, er gibt praktische Tipps an die Hand und informiert über wichtige Neuerungen. Viermal im Jahr wird er an die Betriebe versandt. Die Publikation ist eine Gemeinschaftsentwicklung der Unfallkasse Berlin mit dem Bayerischen Gemeindeunfallversicherungsverband. Mittlerweile haben sich andere Unfallversicherungsverbände dem Projekt angeschlossen. ●





Gehörschutz

benutzen

## Leistungen

Ist ein Arbeits- oder Wegeunfall bzw. eine Berufskrankheit eingetreten, ist die Rehabilitation und Entschädigung des Versicherten die Aufgabe der gesetzlichen Unfallversicherung.

Diese Aufgabe umfasst

- die Steuerung und Durchführung der medizinischen, sozialen und beruflichen Rehabilitation;
- die Entschädigung der Verletzten und Erkrankten durch Geldleistungen, z.B. durch Verletztengeld und Renten;
- die Entschädigung von Angehörigen oder Hinterbliebenen, z.B. durch Witwen- oder Waisenrente bzw. Sterbegeld.

Die Unfallkasse Berlin hat als gesetzlicher Unfallversicherungsträger nach Eintritt von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten mit allen geeigneten Mitteln die Leistungsfähigkeit der Versicherten wieder herzustellen. Im Vordergrund stehen dabei die optimale medizinische Betreuung sowie die berufliche und soziale Wiedereingliederung.

## Versicherungsschutz im Ehrenamt

Seit dem 1. Januar 2005 ist der Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige ausgeweitet. Im Kern betrifft die Erweiterung des gesetzlichen Unfallschutzes Bürger, die in kommunalen, karitativen und kirchlichen Einrichtungen oder auf Vereinsebene ehrenamtlich tätig sind. Dabei wird nicht unterschieden, ob das Ehrenamt direkt im kirchlichen oder kommunalen Bereich wahrgenommen oder mittels Organisationen und Vereinen mit kirchlichem oder kommunalem Auftrag geleistet wird.



Bislang waren zum Beispiel nur die Personen über die Unfallkasse versichert, die ihre ehrenamtliche Leistung direkt für den Bezirk oder das Land Berlin erbracht haben. Jetzt stehen auch die Ehrenamtlichen unter Versicherungsschutz, die im Rahmen einer Vereinszugehörigkeit ehrenamtliche Leistungen für Berlin erbringen.

Gesine F. ist ehrenamtlich in einem Verein engagiert. Über diesen ist sie als Mediatorin (Streitschlichterin) in Schulen tätig, um die Schülerinnen und Schüler bei der Lösung ihrer Konflikte zu unterstützen. Sie war auf dem Weg zum Einsatzort, einer Schule, als sie über eine Bodenunebenheit stolperte und stürzte. Dabei fiel sie so unglücklich, dass sie sich diverse Prellungen am Körper zuzog und zwei Vorderzähne abbrachen. Ihre neuwertige Brille wurde beim Sturz beschädigt, sodass die Brille beim Optiker gerichtet und ein Glas ersetzt werden musste.



Die Unfallkasse übernahm neben der Behandlung durch den Arzt und den erforderlichen Medikamenten auch die Reparatur der Brille und bezahlte den erforderlichen Zahnersatz. Frau F. musste auch nicht die bei der gesetzlichen Krankenkasse übliche Praxisgebühr zahlen. Die Zuzahlung für Arzneimittel und Heilmittel entfiel ebenfalls.





## Heilbehandlung einschließlich medizinischer Rehabilitation

Die Unfallkasse Berlin hat im Jahr 2005 allein für stationäre Behandlungen und ambulante Heilbehandlungen insgesamt ca. 20,3 Millionen Euro aufgewendet. Hierbei ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr in Höhe von ca. 400.000 Euro zu verzeichnen.

Der Leistungskatalog umfasst

- ärztliche und zahnärztliche Behandlungen inklusive erforderlichen Zahnersatzes;
- Arznei- und Verbandsmittel;
- Kosten der medizinischen Heilbehandlung, z.B. für Krankengymnastik, Massagen, Bewegungs-, Sprach- und Beschäftigungstherapien, Prothesen, orthopädische und technische Hilfsmittel;
- Belastungserprobung und Arbeitstherapien;
- Pflegeleistungen.

## Wirtschaftliche Sicherung

### Verletztengeld

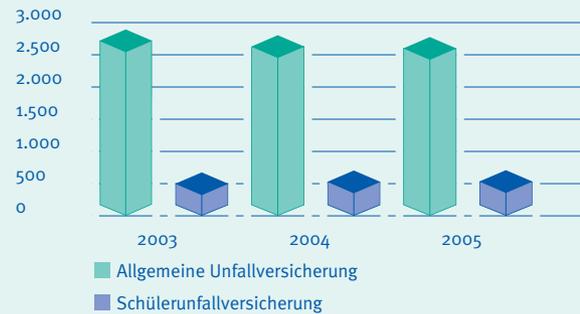
Für die Dauer einer unfall- oder erkrankungsbedingten Arbeitsunfähigkeit erhalten Versicherte während der Heilbehandlung nach Ablauf der Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber Verletztengeld als Lohnersatzleistung von der Unfallkasse. Anzumerken ist, dass die Zahlung des Verletztengeldes endet, wenn mit dem Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit nicht zu rechnen und keine berufsfördernde Leistung zu erbringen ist.



## Rente

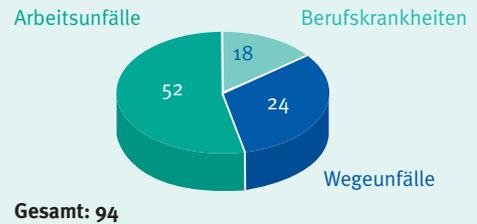
An Rentenleistungen für Versicherte und Hinterbliebene wurden 2005 insgesamt ca. 15,9 Millionen Euro gewährt. Es wurden im Berichtsjahr 403 Rentenbescheide dem Rentenausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

### Übersicht zum Rentenbestand von 2003 bis 2005

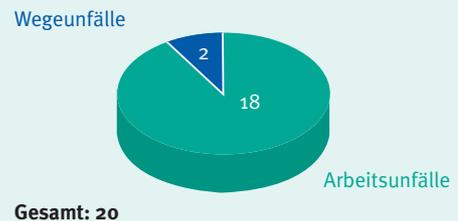


## Neue Renten 2005

### Allgemeine Unfallversicherung



### Schülerunfallversicherung



## Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft

Behinderte oder von Behinderung bedrohte Versicherte erhalten Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft.

Am 1. Januar 2005 befanden sich 13 Versicherte in laufenden beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen, die in den Jahren 2005 bis 2008 enden werden. Drei Maßnahmen wurden bereits im Berichtsjahr erfolgreich beendet. Zwei berufliche Rehabilitationsmaßnahmen mussten aus persönlichen Gründen abgebrochen werden und ein Versicherter unterbrach seine Rehabilitationsmaßnahme von sich aus.

Eine weitere wesentliche Aufgabe ist die Betreuung der Querschnittgelähmten und schwer Schädel-Hirn-Verletzten. Im Januar 2005 befanden sich sechs Querschnittgelähmte und 15 schwer Schädel-Hirn-Verletzte in der Betreuung durch das Rehabilitationsteam der Unfallkasse Berlin.

### Aus der Praxis

Eine damals zwölfjährige Schülerin verunglückte im November 2003 auf dem Schulweg beim Überqueren einer stark befahrenen Kreuzung, indem sie von einem Auto erfasst wurde. Sie erlitt u.a. schwerste Hirnverletzungen und befindet sich seitdem im appallischen Syndrom, einem Wachkoma. Das Mädchen ist in allen Bereichen des täglichen Lebens auf die Pflege und Betreuung durch andere Personen angewiesen, sie hat die Fähigkeit verloren, selbstständig zu essen, zu trinken, zu sprechen oder sich anderweitig zu äußern und sich zu bewegen. Es war zu diesem Zeitpunkt in keiner Weise ersichtlich, inwieweit sie gegenüber äußeren Reizen empfänglich war.

Nach der Intensivbehandlung und Stabilisierung erfolgte von Februar 2004 bis April 2005 die Weiterbehandlung in der Rehabilitationsklinik Hohenstücken, einem neurologischen Rehabilitationszentrum für Kinder und Jugendliche.

Hier wurden zunächst durch eine intensive Physio- und Ergotherapie sowie durch eine Logopädie die kleinsten vorhandenen Reaktionen unserer Versicherten aufgebaut und immer weiter gefestigt, bis letztendlich Reaktionen auf die Ansprache durch Bezugspersonen erfolgten sowie eine Verbesserung der Motorik erreicht werden konnte. Die Mutter unserer Versicherten war als Kotherapeutin über mehrere Monate in der Klinik anwesend. Es stellte sich heraus, dass die massiven Hirnschäden des Mädchens dazu führten, dass sie dauerhaft ein Pflegefall sein wird. Die Eltern wollten ihr Kind nach der Entlassung aus der Rehabilitation zu Hause pflegen.



Das Mädchen befindet sich weiterhin in einem hilflosen Zustand. Eine Verbesserung ist jedoch in der Kommunikation zu verzeichnen: sie reagiert mittels Augencode gegenüber vertrauten Personen wie zum Beispiel ihren Eltern.

Daher wurde der häusliche Bereich so umgestaltet, wie es für die Versicherte und ihre Familie erforderlich war. Ein externer Pflegegutachter wurde mit eingebunden. Die Familie zog in die Nähe ihrer bisherigen Wohnung in eine größere um, damit die Schwester der Versicherten nicht die Schule und den Freundeskreis wechseln musste.



Es wurden ein Lift im Haus eingebaut, das Badezimmer behindertengerecht umgebaut und Hilfsmittel wie ein Pflegebett sowie ein Dreh- und ein Stehrollstuhl angeschafft. Der Vater entschied sich, seinen Beruf aufzugeben, um seine Tochter zu betreuen.

Mithilfe des Pflegegutachters wurde ein Arbeitgebermodell erarbeitet, damit der Vater unserer Versicherten zusammen mit drei weiteren Pflegehilfskräften die Pflege des Mädchens sicherstellen kann. Dies alles wurde möglich, da die Unfallkasse ein erhöhtes Pflegeentgelt gewährt.

Damit die Mobilität der Versicherten für Arzt- und Therapiebesuche sichergestellt ist und zur Gewährleistung der Mobilität im Rahmen notwendiger Heilbehandlungen leistete die Unfallkasse einen finanziellen Zuschuss zu einem behindertengerecht umgebauten Auto.

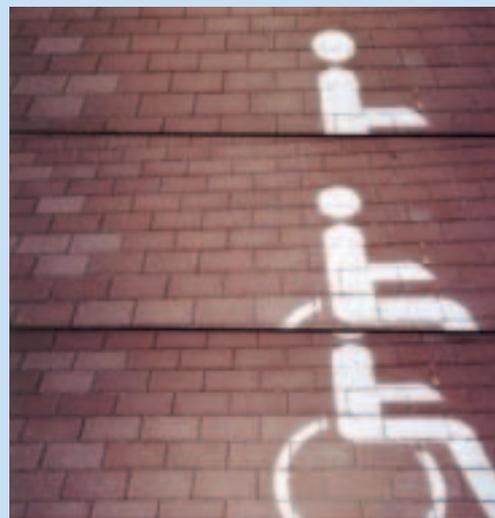
## Unfallgeschehen in 2005

Die Anzahl der gemeldeten Arbeitsunfälle einschließlich der Wegeunfälle ist in der Allgemeinen Unfallversicherung mit insgesamt 16.061 Fällen gegenüber dem Vorjahr geringfügig gestiegen. Dieser Anstieg betraf fast ausschließlich Arbeitsunfälle. Die Zahl der Wegeunfälle ist dagegen im Vergleich zu 2004 um 248 Unfälle gesunken.

In der Schülerunfallversicherung wurden im Jahr 2005 insgesamt 72.596 Unfälle verzeichnet. Das sind rund 3.575 Unfälle weniger als im Vorjahr. Auch bei den Wegeunfällen ist ein geringfügiger Rückgang um 222 Unfälle festzustellen.

In der Schülerunfallversicherung ereigneten sich im Jahre 2005 drei tödliche Wegeunfälle. Im Vorjahr wurden der Unfallkasse zwei Todesfälle gemeldet.

- Ein sechzehnjähriger Schüler prallte auf dem Heimweg von der Schule mit seinem Moped ohne ersichtlichen Grund gegen einen Laternenpfahl.
- Auf dem Weg zur Schule wurde ein siebenjähriger Schüler beim Überqueren der Straße von einem Auto erfasst und starb einen Tag später an den Folgen.
- Als Autofahrer geriet ein Berufsschüler auf dem Weg zur Schule beim Überholen – trotz Überholverbots – ins Schleudern und prallte mit einem entgegenkommenden Auto zusammen.





In der Allgemeinen Unfallversicherung kam es zu einem tödlichen Unfall. Im Vorjahr verzeichnete die Unfallkasse ebenfalls einen Todesfall.

Auf dem versicherten Heimweg stürzte unser Versicherter auf der Treppe zur U-Bahn rücklings herunter, fiel auf den Kopf und zog sich eine Hirnblutung zu, die zwei Tage später zum Tod führte.

Außerdem wurden in der Schüler- sowie in der Allgemeinen Unfallversicherung insgesamt drei Todesfälle gemeldet, die auf Ursachen zurückzuführen waren, die keinen Bezug zur versicherten Tätigkeit hatten und damit von der Unfallkasse Berlin nicht als Versicherungsfälle anerkannt werden konnten.

### Berufskrankheiten

Berufskrankheiten sind solche Krankheiten, die nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft durch besondere Einwirkungen verursacht werden, denen bestimmte Personengruppen durch ihre Arbeit in erheblich höherem Maße als die übrige Bevölkerung ausgesetzt sind. Diese Berufskrankheiten werden durch Rechtsverordnungen bezeichnet und in einer Berufskrankheitenliste aufgeführt. Im Berichtsjahr wurden 46 Berufskrankheiten anerkannt. •



#### Schülerunfallversicherung

##### Gemeldete Unfälle 2005

Arbeitsunfälle	68.096
Wegeunfälle	4.500

#### Allgemeine Unfallversicherung

##### Gemeldete Unfälle 2005

Arbeitsunfälle	13.309
Wegeunfälle	2.752

# ⊕ Widerspruch & Klage



.....  
*Augenschutz*

*benutzen*



fahrer nach dem Ampelstart eine Wettfahrt gemacht hatten. Der Kläger hatte also beschleunigt, um vor dem anderen Autofahrer den Engpass auf der Straße zu passieren.

## Widersprüche & Klagen

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der neu eingelegten Widersprüche von 325 auf 377 erhöht. Es wurden im Berichtsjahr insgesamt 295 Widerspruchsbescheide erlassen, 48 mehr als im Jahr zuvor. Annähernd gleich geblieben sind die zu bearbeitenden Klageverfahren vor den Sozial- und Landes-sozialgerichten.

## Aus der Rechtsprechung

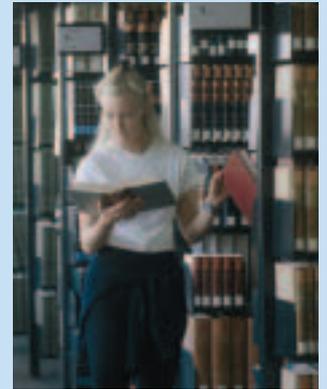
Das Landessozialgericht (LSG) Berlin\* hatte sich mit der Frage zu beschäftigen, ob Unfallversicherungsschutz bei einem Wegeunfall auch dann besteht, wenn sich das unfallbringende Verhalten als Wettfahrt darstellt.

Der Kläger erlitt auf der Fahrt von seiner Wohnung zur Arbeitsstelle einen Verkehrsunfall. Mit seinem Auto befuhr er die rechte von zwei auswärts führenden Fahrspuren, scherte jedoch mit einer deutlich überhöhten Geschwindigkeit wegen eines auf der Fahrbahn parkenden Fahrzeugs nach links aus. Dabei stieß er erst mit einem auf der linken Fahrspur fahrenden Auto zusammen. Durch den Aufprall wurde das Auto des Klägers auf die Gegenfahrbahn geschleudert. Hier kam es zu einer Kollision mit einem entgegenkommenden Fahrzeug. Der Kläger hatte Glück im Unglück, denn er zog sich „nur“ eine Nasenbeinfraktur, multiple Gesichtsverletzungen sowie eine Kniebinnenverletzung zu. Bei der Unfalluntersuchung stellte sich heraus, dass die beiden nebeneinanderfahrenden Auto-

Der Kläger befand sich zwar auf dem Weg zur Arbeit. Diese Fahrt ist über die gesetzliche Unfallversicherung aber nur dann abgesichert, wenn das Verhalten beim Unfall in einem inneren Zusammenhang zu der Betriebstätigkeit steht.

Das LSG ist aber im vorliegenden Fall zu dem Schluss gekommen, dass allein die Wettfahrt das unfallbringende Verhalten sei, was somit als betriebsfremdes Motiv zu bewerten wäre. Die Handlungstendenz des Klägers sei allein auf das Kräftemessen, nicht aber auf die Zurücklegung des Weges zum Arbeitsplatz gerichtet gewesen. Unerheblich sei es dabei, dass sich der Unfall auf dem Weg zur Arbeitsstelle ereignet hat. Der erforderliche innere Zusammenhang zur Betriebstätigkeit konnte vom LSG nicht festgestellt werden.

Das Urteil des LSG Berlin steht in Einklang mit der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG). Es widerspricht auch nicht der im Geschäftsbericht 2002 der Unfallkasse Berlin vorgestellten Entscheidung. Das BSG\*\* hatte hier entschieden, dass der Versicherungsschutz für den Weg zur Arbeit auch dann nicht entfällt, wenn der Versicherte aufgrund seiner Fahrweise wegen vorsätzlicher Straßenverkehrsgefährdung bestraft wurde und der Unfall genau auf dieser Verhaltensweise beruht. Denn es handelte sich weiterhin um ein Verkehrsverhalten, das die Fortbewegung zur Betriebsstätte zum Ziel hatte. •



\* Urteil vom 19.1.2004  
– L16 U 51/03

\*\* Entscheidung  
vom 4.6.1992 –  
B 2 U 11/01 R



*Atemschutzmaske*

*benutzen*

## Regressbericht

Die Unfallkasse Berlin leistet im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen des SGB VII an den Geschädigten nach einem Arbeits- oder Wegeunfall.

Aufgabe der Regressbearbeitung ist es, in den Fällen, in denen der Schaden von einem Dritten verursacht wurde, die Kosten der Rehabilitation und die erbrachten Geldleistungen vom Schädiger ersetzt zu bekommen.

Die Unfallkasse kann aber nur den zivilrechtlichen Schadenersatzanspruch des Verletzten geltend machen, der übergegangen ist. Das Mitverschulden unseres Versicherten, die Beweislage und die Unfallursächlichkeit zwischen den Verletzungen und den gewährten Leistungen müssen berücksichtigt werden. Dies führt nicht selten dazu, dass nur ein Teil der von der Unfallkasse Berlin für den Versicherten aufgewandten Leistungen vom Schädiger bzw. dessen Versicherer ersetzt werden muss.

Der Hauptanteil der eingeleiteten Rückgriffe stammt, wie schon in den Jahren davor, aus Verkehrsunfällen. Es folgen Schäden aus Verletzungen der Verkehrssicherungspflichten, Körperverletzungen, Hundebisse.

Im Berichtszeitraum gab es zusätzlich zu den noch nicht abgeschlossenen Akten aus den vergangenen Jahren 1.500 neue Aktenfälle, zu denen die Ermittlungen nach Beteiligten, Schädigern und Haftpflichtversicherern aufgenommen und zum Teil schon Regulierungen durchgeführt wurden. Hieraus konnten Einnahmen in Höhe von 2,65 Mio. Euro erzielt werden, mithin eine Steigerung von 200.000 Euro gegenüber dem Vorjahr, obwohl die Zahl der Abfindungen aus Großschadensfällen mit diesmal nur vier vergleichsweise gering war. Das lag auch daran, dass die von den Versicherern angebotenen Abfindungen zu niedrig waren im Vergleich zu den als sogenanntes Zukunftsrisiko angesehenen Beträgen; etwa den ärztlich prognostizierten künftigen Behandlungskosten und den anderen Ausgaben.

Die Unfallkasse führte im Berichtsjahr neun Prozesse vor dem Landgericht und den Amtsgerichten. Sie leitete siebzehn Mahn- und Klageverfahren ein, die erfolgreich ausgingen. Teilweise konnten die erstrittenen Titel jedoch nicht vollstreckt werden, weil die Schuldner kein vollstreckbares Einkommen oder Vermögen besaßen. In diesem Zusammenhang fiel auf, dass sich die Zahl der privaten Insolvenzen merklich erhöht hat.

### Aus der Praxis:

Unser Versicherter, ein Angestellter der Polizei, wurde angegriffen und erheblich verletzt, als er einen Straftäter verfolgte. Dieser hatte zuvor versucht, Gegenstände aus einem Polizeifahrzeug zu entwenden.

Es entstanden hohe Behandlungskosten beim Polizisten, die vom Täter italienischer Staatsangehörigkeit regressiert werden sollten. Doch bereits während der Strafverfolgung hatte sich der Schädiger nach Italien abgesetzt und sich somit sowohl der Bestrafung als auch der Regressierung entzogen.

Die Unfallkasse konnte jedoch über das italienische Generalkonsulat in Berlin und das deutsche Generalkonsulat in Mailand die Anschrift des Missetäters in Triest ermitteln und ihren Anspruch direkt dort bei ihm anmelden. Dies blieb zunächst ohne Erfolg. Dann schaltete die Unfallkasse jedoch die Verbindungsstelle der Berufsgenossenschaften in Italien ein. Über diese konnte die UKB Kontakt zur Staatlichen Unfallversicherungsanstalt in Triest und Rom aufnehmen, die ihrerseits in unserem Namen mit der Vollstreckung begann.

Der Schädiger hat sich im Lauf der Vollstreckungsmaßnahmen mit der italienischen Unfallversicherungsanstalt auf ein Ratenzahlungsabkommen geeinigt.

Inzwischen ist die erste Rate bei der Unfallkasse eingegangen. •





.....

*Handschuhe*

*benutzen*

## Haushalt

Der Haushaltsplan für das Berichtsjahr 2005 wurde in einer Gesamthöhe von 59.676.620 Euro jeweils für Einnahmen und Ausgaben vom Vorstand am 18. November 2004 aufgestellt und von der Vertreterversammlung am 15. Dezember 2004 festgestellt.

Die Betriebsmittel erhöhten sich im Berichtsjahr um ca. 21,8 Prozent. Ursache hierfür ist insbesondere, dass im Jahr 2005 entgegen den ursprünglichen Erwartungen die Ausgaben für Entschädigungsleistungen um fast 2 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr und damit ca. 3,35 Mio. Euro im Vergleich zum Haushaltsplan 2005 zurückgegangen sind. Ferner konnten die Einnahmen aus Ersatzansprüchen weiter gesteigert werden.



Die hierdurch angefallenen Einnahmenüberschüsse wurden im Rahmen der Abschlussbuchungen zunächst den Betriebsmitteln zugeführt und werden mit der Abrechnung der Umlagebeiträge für 2005 an die Mitglieder wieder ausgeschüttet. •

	KGr	Aktiva				
		2001	2002	2003	2004	2005
Sofort verfügbare Zahlungsmittel	00	1.216.522,90	10.875.763,38	9.650.707,81	10.682.512,90	4.819.801,59
Forderungen	01	2.396.977,55	1.473.573,19	802.949,17	-1.057.178,78	-803.175,76
Kurz-, mittel- und langfristige Guthaben	02	9.346.316,04	2.934.282,38	2.500.000,00	3.482.490,33	12.626.170,26
Wertpapiere und Darlehen	03	92.839,50	92.839,50	86.726,15	63.918,67	40.655,05
Sonstige Aktiva	08	1.267.165,33	1.297.475,09	1.337.793,08	1.338.046,46	1.332.768,61
<b>Summe Aktiva</b>		<b>14.319.821,32</b>	<b>16.673.933,54</b>	<b>14.378.176,21</b>	<b>14.509.789,58</b>	<b>18.016.219,75</b>

	KGr	Passiva				
		2001	2002	2003	2004	2005
Kurzfristige Verpflichtungen	11	1.844.473,15	861.676,88	131.843,83	-1.946.730,87	-1.590.752,85
Darlehen	13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen	15	562.932,36	697.932,36	832.932,36	967.932,36	1.122.985,80
Sonstige Passiva	18	316.242,72	589.619,77	396.273,29	698.120,40	463.014,11
Betriebsmittel	19	11.596.173,09	14.524.704,53	13.017.126,73	14.790.467,69	18.020.972,69
<b>Summe Passiva</b>		<b>14.319.821,32</b>	<b>16.673.933,54</b>	<b>14.378.176,21</b>	<b>14.509.789,58</b>	<b>18.016.219,75</b>

		<b>Einnahmen</b>		
	<b>KGr</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Beiträge und Gebühren	20-22	52.190.642,54	55.859.962,69	55.094.743,28
Einnahmen aus Ersatzansprüchen	35	2.157.489,86	2.446.248,26	2.617.113,10
Entnahme aus Betriebsmitteln	37	16.246,91	0,00	119.703,50
Zinsen und sonstige Einnahmen	32, 34, 39	540.569,75	595.086,29	552.354,99
<b>Summe Einnahmen</b>		<b>54.904.949,06</b>	<b>58.901.297,24</b>	<b>58.383.914,87</b>

		<b>Ausgaben</b>		
	<b>KGr</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Entschädigungsleistungen	40-58	43.213.177,45	44.494.317,65	42.525.378,74
Prävention	59	2.512.381,25	2.527.288,78	2.505.364,87
Umlagewirksame Vermögensaufwendungen	62	849,67	279,25	-180,43
Beitragsausfälle	64	23.838,91	20.494,88	14.201,92
Zuführung zu den Betriebsmitteln	67	1.227.739,29	2.185.120,17	500,00
Sonstige Aufwendungen	69	2.832.612,00	2.126.435,69	1.926.925,16
Persönliche Verwaltungskosten	70, 71	5.734.401,20	5.757.958,30	5.752.438,79
Sächliche Verwaltungskosten	72, 73	1.347.215,72	1.472.995,54	1.429.731,58
Sonstige Verfahrenskosten	74-78	743.798,40	728.186,19	879.845,74
<b>Summe Ausgaben</b>		<b>57.636.013,89</b>	<b>59.313.076,45</b>	<b>55.034.206,37</b>



# Ihr aktiver Partner für soziale Sicherheit

- Wir beraten kompetent und erbringen umfassende Leistungen
- Teamgeist, Leistungsstärke und ständige Qualifizierung sind unsere Basis für ein erfolgreiches Service-Unternehmen
- Mit unserer Beratung schaffen wir soziale und finanzielle Sicherheit



© Unfallkasse Berlin  
[www.unfallkasse-berlin.de](http://www.unfallkasse-berlin.de)

**Verantwortlich**  
Wolfgang Atzler

**Redaktion**  
Kirsten Wasmuth

**Realisation**  
Schwintowski | Communications  
[www.schwintowski.com](http://www.schwintowski.com)

**Fotos**  
BUK, Charité Berlin, dpa, DSH, DVR, HVBG,  
GDV, obs/Degussa AG, photoalto, photocase.de,  
Schwintowski Communications, Shipfile, TK Krankenkasse,  
UKB/Pfarr, UKB/Röhl, Wissen Media Verlag Bertelsmann



Culemeyerstraße 2  
D-12277 Berlin  
Telefon (030) 76 24-0  
Fax (030) 76 24-11 09

[www.unfallkasse-berlin.de](http://www.unfallkasse-berlin.de)

